

Änderungsanträge

**zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/810**

Staatshaushaltsplan 2007/08

Einzelplan 10: Umweltministerium

Landtag von Baden-WürttembergDrucksache 14 / **910-1****14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD****zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/810****Einzelplan 10 Umweltministerium****Klimaschutz, Förderung von Maßnahmen**

Der Landtag wolle beschließen:

LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:15

Kap. 10 07 Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Abfallwirtschaft

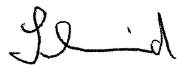
TG 85 Maßnahmen des Klimaschutzes, Klimaschutz- und Energieagentur

Titel 892 85 N Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	2.200,0	1.700,0
Zu setzen	3.200,0	2.700,0

und die Erläuterung entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die Bemühungen des Landes im Klimaschutz sind angesichts der Bedrohung durch den Klimawandel und aufgrund der starken Nachfrage zu erhöhen.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
14. Wahlperiode

Drucksache **14/910-2**

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE

LANDTAG B-W
08.FEB.2007 10:33

**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses DS 14/810
Staatshaushaltsplans für 2007/2008**

Epl. 10 Umweltministerium

hier: „Wasserpennig“

Der Landtag wolle beschließen,

1.

Kap. 1005	Wasser und Boden
Titel 09901	Wasserentnahmeentgelt

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
statt	85.000	85.000
zu setzen	110.000	110.000

2.

Im Rahmen des HaushaltsstrukturG eine Änderung des § 17a WasserG vorzusehen, mit dem Ziel das Wassernahmeentgelt im Bereich der öffentlichen Wasserversorgung um 5 Cent pro Kubikmeter anzuheben

Stuttgart, den 1.2.2007


Metzger, Kretschmann, und Fraktion

Begründung:

Maßnahme zur Entlastung des Haushalts.

Die hier zugrunde gelegte Anhebung des Wasserentnahmeentgelts im Bereich der öffentlichen Wasserversorgung um 5 Cent pro Kubikmeter Wasser würde für eine vierköpfige Familie durchschnittliche jährliche Mehrkosten von ca. 6 Euro mit sich bringen.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
14. WahlperiodeDrucksache **14/910-3**Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses DS Nr. 14/ 810**
Staatshaushaltsplans für 2007/2008

Epl. 10 Umweltministerium

hier: AbwasserLANDTAG B-W
08.FEB.2007 10:56

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 1005Titel 88384 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Bau von
Abwasserbeseitigungsanlagen und zur Weiterentwicklung der
Abwasserbeseitigung.

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
statt	57.100	53.567
zu setzen	47.100	38.567

Stuttgart, den 6.2.2007

Franz Untersteller, Winfried Kretschmann, Oswald Metzger und Fraktion

Begründung:

Im Sinne einer Aufgabenreduzierung ist es keine Kernaufgabe des Landes, die Sanierung von Abwasseranlagen zu bezuschussen, deren Bau bereits vom Land bezuschusst wurde.

Die anteiligen Sanierungskosten sind in Zukunft getrennt von echten investiven Baumaßnahmen darzustellen.

Die eingesparten Finanzmittel von 10 Mio. Euro (2007) bzw. 15 Mio. Euro (2008) sind zukunftsfähig für Fördermaßnahmen des Landes für Klimaschutz einzusetzen. Sie können innerhalb der KIF-Mittel umgeschichtet werden, so daß die Kommunen weiterhin in gleichem Umfang Gelder erhalten, wenn auch mit einer anderen Zweckbindung.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
14. Wahlperiode

Drucksache **14/910-4**

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE

**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschuss Drs. 14/ 810
zum Entwurf des Staatshaushaltsplan 2007/2008**

Epl. 10 Umweltministerium

LANDTAG B-W
08.FEB.2007 10:33

hier: den Klimaschutz in Baden-Württemberg spürbar voranbringen

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 1007 Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Abfallwirtschaft

1. Tit.Gr. 80N Energiesparprogramm Altbau

Titel 664 80N Zinszuschüsse mit Vorausabfindung

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
zu setzen	3 550,0	4 000,0

Erläuterung: Das Energiesparprogramm Altbau dient der Förderung von Energiesparmaßnahmen im älteren Wohnungsbestand und soll fortgesetzt werden.

2. Tit.Gr. 83 Kommunale Umweltprojekte

Kommunales Förderprogramm Klimaschutz-Plus

Titel 883 83 Zuweisungen an Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften sowie Land- und Stadtkreise für kommunale Umweltprojekte

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
statt	6 000,0	6 000,0
zu setzen	16 000,0	21 000,0

3. Tit.Gr. 85 Maßnahmen des Klimaschutzes, Klimaschutz- und Energieagentur

Allgemeines Förderprogramm Klimaschutz-Plus

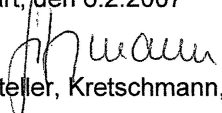
a) Titel 883 85 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
statt	1 100,0	1 100,0
zu setzen	2 500,0	2 500,0

8) Titel 892 85 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
statt	2 200,0	1 700,0
zu setzen	3 500,0	3 500,0

Stuttgart, den 6.2.2007


Untersteller, Kretschmann, Metzger und Fraktion

Begründung:

Die beunruhigenden neuen Erkenntnisse über das Ausmaß des Klimawandels haben zuletzt deutlich gemacht, welch hoher Stellenwert verstärkte Anstrengung des Landes für eine Reduzierung der CO₂-Emissionen und mehr Klimaschutz in Baden-Württemberg haben. Offensichtlich wird diese Einschätzung grundsätzlich auch von der Landesregierung geteilt. So erklärte Umweltministerin Tanja Gönner am 25.11.2006 in Esslingen:

"Der Klimawandel ist eine der zentralen umweltpolitischen Herausforderungen dieser Zeit. Er hat Baden-Württemberg spürbar erreicht. (...) Unsere Prognosen müssen nach oben korrigiert werden. Deshalb müssen die Anstrengungen zum Klimaschutz weiter verstärkt werden."

Die bisherige Klimaschutzbilanz des Landes ist allerdings eher mager: Die CO₂-Emissionen Baden-Württembergs verharren mit 78 Mio. Tonnen pro Jahr auf dem Niveau des Jahres 2000. Bereits 2005 hätte laut Umweltplan der Landesregierung der Wert von 70 Mio. Tonnen unterschritten werden sollen. 2010 sollen es laut Umweltplan dann noch höchstens 65 Mio. Tonnen CO₂ sein. Die anziehende Konjunktur und der damit zu erwartenden Anstieg der CO₂-Emissionen macht dabei die zügige Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, die dazu beitragen, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, umso dringender.

Energieeinsparung und Energieeffizienz an Gebäuden stehen dabei im Mittelpunkt. Gerade bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden können mit relativ geringen Mitteln in kurzer Zeit viel CO₂ eingespart werden. Von den getätigten Investitionen profitiert dabei die heimische Wirtschaft, insbesondere das Handwerk. Der „Win-Win-Effekt“ wird dadurch komplettiert, dass die Abhängigkeit von knapper werdenden Öl- und Gasvorkommen mit derartigen Maßnahmen auf Dauer reduziert wird.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für einen schweren politischen Fehler, das Energiesparprogramm Altbau praktisch einzustellen. Das Kommunale Klimaschutz-Plus-Programm und das Allgemeine Klimaschutz-Plus-Programm, die im Jahr 2006 bereits im Juni überzeichnet waren, müssen zudem besser als bislang ausgestattet werden. Die Mittel für das Kommunale Klimaschutz-Plus-Programm sollen durch eine Umschichtung innerhalb des Kommunalen Investitionsfonds aus dem Bereich Abwasserbeseitigung (Sanierung von Kläranlagen) bereitgestellt werden.